

Allerdings, so Befunde aus der aktuellen Studie „Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen“ von Sabine Achour und Susanne Wagner, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wurde, ist die inhaltliche Ausrichtung des Politikunterrichts an beruflichen Schulen „oft stark wirtschafts- oder rechtsbezogen, der Unterricht selbst selten diskursiv, sondern auch aufgrund einer entsprechend konzipierten Abschlussprüfung eher auf Fakten ausgerichtet“. Auf wissenschaftlicher Grundlage kann kein direkter Zusammenhang zwischen der unterrichtlichen Gestaltung politischer Bildung an beruflichen Schulen und der im Vergleich größeren Empfänglichkeit der Schüler_innen dieser Schulformen für rechtsextreme oder weit rechts angesiedelte Einstellungen, die der Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen bescheinigt, hergestellt werden – aber beide Studiergebnisse legen nahe, dass sich eine genauere Beschäftigung mit dem Status Quo der politischen Bildung an beruflichen Schulen lohnt.



Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen

Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen

POLITISCHE BILDUNG AN BERUFLICHEN SCHULEN: BESONDERE HERAUSFORDERUNGEN, BESONDERE CHANCEN

Berufliche Schulen unterscheiden sich von allgemeinbildenden Schulen in vielfältiger Hinsicht, sie sind sehr heterogen aufgestellt: Neben den beruflichen Gymnasien gibt es die Berufsschulen mit ihren dualen Ausbildungsbereichen, in denen beispielsweise Handwerksberufe oder kaufmännische Berufe erlernt werden können. Daneben stehen vollzeitschulische Bildungsgänge, vorwiegend an Berufsfachschulen. Hier werden etwa angehende Erzieher_innen, Logopäd_innen oder Altenpfleger_innen ausgebildet. Und schließlich beginnen knapp 30 Prozent der Schulabgänger_innen keine Ausbildung, sondern münden in das berufliche Übergangssystem ein. Hier absolvieren sie berufsvorbereitende Angebote, holen ihren Schulabschluss nach oder qualifizieren sich weiter, bevor sie eine Ausbildung aufnehmen können. In den letzten drei Jahren ist der Anteil der Schüler_innen im Übergangssystem im Vergleich zu den Vorjahren wieder deutlich angestiegen, vor allem durch die „Aufnahme von Schutz- und Asylsuchenden in Angebote der Berufsvorbereitung“ (Bildungsbericht 2018: 8).

Politische Bildung an beruflichen Schulen muss also sehr heterogene Zielgruppen erreichen, und zwar nicht nur in Bezug auf ihre beruflichen Schwerpunkte. Die verschiedenen Altersgruppen, die die Bildungsangebote adressieren müssen, sind eine Besonderheit der Schülerschaft beruflicher Schulen. Hinzu kommt die unterschiedliche Vorbildung der Schüler_innen: In den Schulen der beruflichen Bildung finden sich Abiturient_innen, Schüler_innen mit mittlerem Schulabschluss oder Hauptschüler_innen ebenso wie Förderschüler_innen oder Jugendliche ohne schulischen Abschluss.

Weitere strukturelle Herausforderungen für die politische Bildung in den beruflichen Schulen ist die Organisation des schulischen Alltags. An Berufsschulen, die sich die Ausbildungsaufgaben mit den Betrieben teilen, sind die Schüler_innen entweder an einem oder zwei Tagen in der Woche oder im Block über mehrere Wochen hinweg, abwechselnd mit in der Schule. Nur an diesen Tagen kann Unterricht stattfinden, in dem prüfungsrelevante Inhalte vermittelt werden. Außerunterrichtliche oder fächerübergreifende Angebote, die als wichtige Elemente der politischen Bildung und Demokratiebildung gelten, lassen sich in diesem Rahmen nur schwer bzw. nur mit einem erhöhten Organisations- und Abstimmungsaufwand im Kollegium und mit den Betrieben unterbringen. Für den Unterricht in politischer Bildung fehlen laut Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen zudem geeignete Lehrmaterialien, insbesondere für die Schüler_innen des Übergangssystems. Demnach ist das Unterrichtsmaterial wenig motivierend gestaltet, konzentriert sich stark auf die Prüfungsvorgaben und geht zu wenig auf die Interessen und Bedarfe der Schüler_innen ein. Dieser Befund wiegt besonders schwer, wenn man berücksichtigt, dass politische Bildung an beruflichen Schulen überwiegend fachfremd und damit von Lehrkräften unterrichtet wird, die kein Studium in Politikwissenschaft und -didaktik absolviert haben. Gerade Lehrer_innen, die fachfremd unterrichten, orientieren ihren Unterricht stark am vorhandenen Lehrmaterial – und sind deshalb in besonderem Maße darauf angewiesen, dass dieses auf die Bedürfnisse ihrer Schülerschaft zugeschnitten ist.

Der Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen weist aber auch auf Chancen für die politische Bildung in diesen Schulformen hin. Politische Bildung sei an den beruflichen Schulen institutionell gut verankert: „politische Bildung/Gemeinschaftskunde/Wirtschafts- und Sozialkunde wird als allgemeinbildendes Fach“ – in den Ländern unterschiedlich bezeichnet – „in nahezu allen beruflichen Ausbildungsbereichen unterrichtet und ist in vielen Fällen sogar ein Prüfungsfach“

(Besand 2014: 12). Darüber hinaus sei der Erwerb von Handlungskompetenz und damit eines der zentralen Ziele politischer Bildung Grundlage für die berufliche Bildung insgesamt. Die Berufs- und Lebenserfahrungen der Schüler_innen bieten zudem vielfältige Anknüpfungspunkte für einen lebensweltorientierten Unterricht gerade in der politischen Bildung: In der Ausbildung werden die Schüler_innen unweigerlich mit gesellschaftspolitischen Themen konfrontiert, die ihren Arbeitsalltag betreffen – etwa bei arbeitsrechtlichen Fragen zu Urlaubsregelungen oder Tarifverträgen –, die im Unterricht aufgegriffen werden können. Das große Interesse der Schülerschaft beruflicher Schulen an Politik, das der Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen bescheinigt, könnte auch damit zusammenhängen, dass die Schüler_innen in dieser Phase ihres Lebens entdecken, welche Relevanz politische Entscheidungen für sie selbst haben.

POLITISCHE BILDUNG IN DER BERUFSSCHULE AUS SICHT DER SCHÜLER_INNEN

Institutionelle Verankerung, Lebensweltorientierung, politisches Interesse der Schüler_innen: Die Voraussetzungen für politische Bildung an beruflichen Schulen sind nicht die schlechtesten. Der Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen attestiert jedoch, dass diese eigentlich guten Grundlagen im alltäglichen pädagogischen Prozess vielfach nicht genutzt werden. Die Studie „Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen“ von Sabine Achour und Susanne Wagner bestätigt diesen Befund aus Sicht der Schüler_innen¹:

„An den Berufsschulen wird politische Bildung laut den Angaben der Befragten in einem geringeren Umfang angeboten: Von lediglich einer Stunde berichten 56 %, an den Berufsfachschulen haben knapp 60% zwei Stunden, drei Stunden werden so gut wie nicht angeboten. Da viele dieser Schüler_innen im Vorfeld nichtgymnasiale Schulformen mit einem geringeren Anteil von Politikunterricht besucht haben, sind sie im Bezug auf die Angebote schulischer politischer Bildung eindeutig die Verlierer_innen.“ (ebd.: 176)

Aber auch unter qualitativen Gesichtspunkten sind die Schüler_innen beruflicher Schulen der Studie zufolge benachteiligt. Die befragten Jugendlichen schätzen ihren Politikunterricht häufiger als langweilig, oberflächlich oder zu kompliziert ein als diejenigen,

die eine allgemeinbildende Schule besuchen (vgl. ebd.: 79). Schüler_innen von Berufsschulen und Berufsfachschulen nehmen ihre Schulkultur als weniger demokratisch wahr – möglicherweise deshalb, weil sie in geringerem Umfang von demokratiebezogenen Angeboten außerhalb des Politikunterrichts profitieren (vgl. ebd.: 87). Achour und Wagner weisen zudem darauf hin, dass es „an den beruflichen Gymnasien, den Berufs- und Berufsfachschulen [...] kaum zur Realisierung von politischer Bildung als fächerübergreifendem Prinzip“ (ebd.: 279) komme. Und: „Die Anteile derjenigen, die angeben, dass externe Akteure, ob im Politikunterricht oder in einem anderen Fach, das bestehende Angebot erweiterten, reichen von 19 % (bei den Berufsschüler_innen) bis 45 % (bei den Schüler_innen der Jahrgangsstufen 11-13 von Gymnasien). Dies verdeutlicht einmal mehr die Spannweite zwischen den Schulformen.“ (ebd.: 94)

Diese Spannweite zeigt sich in der Befragung von Achour und Wagner zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen insgesamt: Auch beim Vergleich der beruflichen mit den allgemeinbildenden Gymnasien fallen erstere aus Sicht der Schüler_innen bei Quantität und Qualität der politischen Bildung zurück.

EIN BLICK IN DIE PRAXIS: POLITISCHE BILDUNG AN DER STÄDTISCHEN BERUFSSCHULE FÜR ZAHNTECHNIK, CHEMIE-, BIOLOGIE- UND DROGERIEBERUFE, MÜNCHEN

Der pessimistische Blick der Empirie auf die Angebote politischer Bildung an beruflichen Schulen soll nicht über die Erfolge einzelner Schulen hinwegsehen lassen. Vielerorts gehört auch politische Bildung zum festen Bestandteil des beruflichen Bildungsangebots und ist vorbildlich in den Schulalltag eingebunden. Ein Beispiel ist die Städtische Berufsschule für Zahntechnik, Chemie-, Biologie- und Drogerieberufe in München. An dieser Schule können acht Ausbildungsberufe gelernt werden, von der Biogielaborant_in bis zum_r Zahntechniker_in. Unterrichtet wird im Block: Die Schüler_innen verbringen zwei Wochen am Stück in der Schule, gefolgt von vier Wochen im Betrieb.



Städtische Berufsschule für Zahntechnik, Chemie-, Biologie- und Drogerieberufe, München

¹ Die Autorinnen weisen darauf hin, dass die Ergebnisse der Schülerbefragung für die beruflichen Schulen nur Hinweise geben kann, da „die geringen Fallzahlen an der Befragung teilnehmender Schüler_innen von Berufsschulen, Berufsfachschulen oder beruflichen Gymnasien nur bedingt valide Vergleiche ermöglichen“ (ebd.: 46). Bayern nahm als einziges Bundesland nicht an der Befragung teil.

Politische Bildung ist an beruflichen Schulen in Bayern Bestandteil des Faches Sozialkunde. „Wir richten uns bei unserer Arbeit am Lehrplan aus, den ich für sehr gelungen halte“, berichtet Waltraud Heimrath, die Schulleiterin der Schule. „Es sind die Inhalte vorhanden, die die Schüler_innen brauchen, wenn sie einen Beruf beginnen – etwa Schutzgesetze in der Berufs- und Arbeitswelt Gesetzgebungen, wie das Arbeitszeitgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz oder Bundesurlaubsgesetz. Diese Inhalte können wir im Unterricht in Handlungssituationen darstellen, die direkt an der Lebenswelt und dem Arbeitsalltag der Schüler_innen ansetzen.“ Zwar werden alle Schüler_innen nach dem gleichen Lehrplan unterrichtet, dennoch gelten unterschiedliche Prüfungsordnungen – eine weitere Besonderheit in der beruflichen Bildung. Denn bei manchen Berufen müssen die Inhalte der Abschlussprüfungen mit den Kammern abgestimmt werden.



Lehrplan für die Berufsschule und Berufsfachschule
Unterrichtsfach: Sozialkunde

Neben dem Lehrplan sind für die Münchner Berufsschule für Zahntechnik, Chemie-, Biologie- und Drogerieberufe ein handlungsorientierter, aktueller, berufsbezogener und an den Interessen der Schüler_innen ausgerichteter Unterricht der politischen Bildung handlungsleitend. Der reguläre Unterricht wird mit Planspielen kombiniert. Ziel ist es, dass jede_r Schüler_in einmal in seiner Schulzeit in der beruflichen Schule ein solches Angebot mitmachen konnte. Jedes Jahr nimmt die Schule an Planspielen wie „Der Landtag sind wir“ oder „Zero Waste“ teil. Bei „Zero Waste“ etwa schlüpfen die Schüler_innen über zwei Tage in die Rolle von Parlamentarier_innen, Lobbyist_innen, Diplomat_innen und Journalist_innen und verhandeln und berichten über Möglichkeiten, um Plastikmüll in der EU zu verringern. Dabei lernen sie nicht nur Fakten über Europa und den Gesetzgebungsprozess, sondern erleben hautnah, was Lobbyismus bedeutet, wie Teamarbeit, politische Kompromisse und Politikberatung aussehen können.

Bei der Planung und Organisation dieser außerunterrichtlichen Aktivitäten arbeitet die Schule ganz bewusst mit Partnern zusammen, etwa dem Centrum für angewandte Politikwissenschaften oder der Friedrich-Ebert-Stiftung. Denn nur so sei es für die einzelne Schule möglich, solche aufwendigen Angebote in Anspruch zu nehmen, erklärt Waltraud Heimrath weiter. Die Planung müsse bereits ein Jahr im Voraus beginnen: Veranstaltungsorte mit genügend Raum für Gruppenarbeit und Übernachtungsmöglichkeiten müssten gefunden, die Termine mit den Blockplänen und dem weiteren Fachunterricht vereinbar gemacht und die

Betriebe als Partner mit ins Boot geholt werden. Und nicht zuletzt müsste die Finanzierung gesichert sein. Bei der Organisation und Finanzierung helfe in München die Fachabteilung für Politische Bildung des Pädagogischen Instituts, bei der Mittel für Projekte der politischen Bildung beantragt werden können.



„Planspiele des Centrum für angewandte
Politikwissenschaften

Planspiele der Friedrich-Ebert-Stiftung
zur politischen Bildung

Fachbereich Politische Bildung
des Pädagogischen Instituts München

Wie können gute Beispiele wie das der Münchner Berufsschule für Zahntechnik, Chemie-, Biologie- und Drogerieberufe in die Fläche gebracht werden, welche Anknüpfungspunkte gibt es für andere Schulen? „Ich bin davon überzeugt, dass viele berufliche Schulen, gerade hier in München, schon genau so arbeiten wie wir“, sagt Waltraud Heimrath. „Wenn man aber ganz am Anfang steht, dann braucht man schon ein großes Frustrationspotenzial, um andere im Kollegium um die Wichtigkeit politischer Bildung in der Berufsschule zu überzeugen. Denn wir brauchen die Unterstützung der anderen Fächer. Im Sozialkundeunterricht allein können wir nicht alle Inhalte politischer Bildung unterbringen, das ist auch in der Berufsschule eine fächerübergreifende Aufgabe. Mir hat bei dieser Aufgabe über die letzten fünfzehn Jahre ein tolles Team geholfen – aber es ist dennoch richtig, dass einer der Motor sein muss.“

IMPRESSUM

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2019
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Abt. Studienförderung
Redaktion: Marion Stichler, Anna-Lena Koschig
Gestaltung & Satz, Collage Seite 1: minus Design, Berlin
Unsere Publikationen können Sie per E-Mail nachbestellen bei: marion.stichler@fes.de

DIE AUTORIN DIESER PUBLIKATION

Valerie Lange studierte Soziologie, Politologie, Sozialpsychologie und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hannover und ist diplomierte Sozialwissenschaftlerin. Sie arbeitet als freiberufliche Lektorin für Sach- und Fachbücher.

KONTAKT UND FEEDBACK

Marion Stichler
Bildungs- und Hochschulpolitik
marion.stichler@fes.de



Besuchen Sie unseren Bildungsblog
www.fes.de/bildungsblog

Folgen Sie uns auch auf twitter.

